

Aufwärts

A 2803

411

Stadt-Bibliothek

S 839

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 35 g 1/2 tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 7 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 577.

Nr. 229.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 1. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Sprich nicht von des Feuers Wüten,
Nicht vom Zorn der wilden Wasser,
Nicht von Göttergroll: die Menschen
Sind der Menschen schlimmste Hasser!

Fr. W. Weber.

Umschau.

Heimkehr aus Genf. — Französischer Besuch. — Der englisch-französische Zusammenstoß in Genf. — „Vive la Paix!“ — Wettrennen zwischen Vernunft und Unvernunft. — Kapitulation? —

Selten wohl hat sich die Heimkehr eines deutschen Außenministers von einer internationalen Konferenz so traurig gestaltet, wie die Rückkehr des Herrn Dr. Curtius aus Genf. Außenpolitische Erfolge sind in der deutschen Nachkriegsgeschichte ohnehin so gut wie unbekannt, und es war allemal schon viel gewonnen, wenn wenigstens eine weitere Verschlechterung vermieden wurde. Aber auch dieser bescheidenste „Erfolg“ ist Herrn Curtius versagt geblieben. Was er mit nach Hause bringt, ist eine der schwersten diplomatischen Niederlagen, die Deutschland je erlebt hat. Es wäre jedoch ungerecht, Herrn Curtius für das traurige Genfer Erlebnis allein verantwortlich zu machen. Die Verantwortung teilt mit ihm das gesamte Reichskabinett in seiner gegenwärtigen Struktur und nicht zuletzt der Reichskanzler selbst. „Der Reichskanzler ist nicht frei von Schuld an der jetzigen, durch die klägliche Art des Scheiterns der Zollunion herbeigeführten mißlichen außenpolitischen Lage Deutschlands“, schreibt ein führendes, sehr gemäßigtes Berliner Blatt; „er hat auch während jener entscheidenden Genfer Tagung nicht, wie es einem starken Kanzler sicherlich möglich gewesen wäre, das Gewicht seines hohen Amtes voll in die Waagschale geworfen, um den Gang der Ereignisse in Genf in unserem Sinne zu beeinflussen.“ Es würde uns nicht sonderlich wundern, wenn Dr. Curtius trotz allem, was vorgefallen ist, auch weiterhin im Amt bleibt und der Kurs der Reichsregierung sich nicht ändert. Wo aber diese Taktik des Zögerns und Kompromissens — nicht nur in außenpolitischen Dingen — hinausführt, erleben wir mit jedem Tage drastischer am eigenen Leibe.

Laval und Briand aber — die prominentesten Vertreter des Landes, dem wir nicht nur die Genfer Niederlage, sondern den ganzen Jammer unserer katastrophalen Staats- und Wirtschaftskrise verdanken — sind am letzten Sonntag in Berlin eingetroffen, um mit den deutschen Ministern wieder einmal in „Verständigung“ zu machen, — ein so abgegriffener Exportartikel der französischen Machtpolitik, daß er im weltpolitischen Handelsverkehr nicht mehr allzu hoch im Kurse steht. Man weiß da draußen allmählich, wo die Glocken hängen. Man spürt's bereits auch in England am eigenen Leibe, in welcher bedrohlicher Weise sich die französischen Friedens- und Freundschaftsphantasien auszuwirken beginnen. Allein der eine Zusammenstoß, den der Vertreter Englands in der vergangenen Woche in Genf mit dem französischen Finanzminister Glandin hatte, spricht Bände. Während Glandin die französische Politik der „goldenen Regeln“ als eine völlig harmlose Sache hinzustellen suchte und den bestehenden Zusammenhang zwischen Tributsystem, internationalen Schulden und gegenwärtiger Weltkrise mit leichtfertigen Worten in Abrede stellte, bekannte sich der Vertreter Englands, Sir Arthur Salter, rückhaltlos zu der unzweifelhaft feststehenden Tatsache, daß „die heutige Krise zum großen Teil darauf beruhe, daß die Reparationszahlungen ohne produktive Gegenleistung erfolgten“. Den Forderungen Salters, von denen jene nach einer vernünftigen Regelung des Tributsystems für uns von besonderem Interesse ist, setzte sich der Franzose mit aller Hartnäckigkeit entgegen, wie ja bis dahin Frankreich noch immer mit Argusaugen darüber gewacht hat, daß unsere Fesseln nicht um Haarsbreite gelockert werden.

Und in Berlin spricht man wieder einmal von „Verständigung“. Viel schöne Worte werden gewechselt, fogar der „Kriegsverbrecher“ Hindenburg wird von Laval und Briand besucht — und das Ende vom Lied? — Wenn's gut geht, keine neuen Handschellen! Daß das deutsche Volk den Glauben an eine deutsch-französische Verständigung längst aufgegeben hat, ist nach all den bitteren Erfahrungen, die wir mit Frankreich gemacht haben, nichts anderes als das Resultat einer zwingenden Logik. Mögen die Franzosen von noch so vielen Ministern, Diplomaten, Schupos und unbelehrbaren Franzosenfreunden empfangen werden sein — das deutsche Volk hat sie nicht empfangen! Weit entfernt, sich in nachsichtigen und

hasserfüllten Gedankengängen zu bewegen, wartet das deutsche Volk noch immer auf den ersten Beweis eines wahrhaften und redlichen Friedens- und Versöhnungswillens seitens der Franzosen, nachdem es zwölf Jahre lang der Märtyrer eines Scheinfriedens gewesen ist, den Clemenceau selbst als den „Krieg mit anderen Mitteln“ bezeichnet hat. Solange dieser „Krieg mit anderen Mitteln“, solange das Diktat von Versailles nicht in Bausch und Bogen der Vergangenheit angehört, kann man vom Deutschen Volke auch nicht verlangen, Begeisterung zu heucheln, wo sie am allerwenigsten am Platze ist. Und wenn der „Vorwärts“ den französischen Ministern zuruft „Deutschland grüßt Frankreich“, dann haben die Tatsachen bewiesen, daß das ganz und gar nicht stimmt, und zum anderen erscheint es uns reichlich merkwürdig, daß ausgerechnet die deutschen Sozialisten eine so überaus warme Freundschaft mit einem Staate unterhalten, der noch dieser Tage von seinem Vertreter in Genf als der Wächter des kapitalistischen Systems in aller Deffektivität bezeichnet wurde. Wer aber im übrigen die französischen Minister bei ihrer Ankunft in Berlin angejubelt hat, darüber gibt das Organ der pazifistischen „Liga für Menschenrechte“ (wir erinnern an den Prozeß betr. die ausländischen Geldquellen der deutschen Friedensbewegung, „Aufwärts“ Nr. 224) einigen Aufschluß, das in seiner letzten Samstagsausgabe mitteilt, daß nur Inhaber von besonderen Karten an dem französischen Ministerempfang teilnehmen könnten und daß solche Karten in der Geschäftsstelle der „Liga für Menschenrechte“ abgeholt werden könnten. Außerdem enthielt das gleiche Blatt folgenden Aufruf:

„Jugend und Mitglieder der Liga!

Zur Begrüßung der französischen Staatsmänner, der Minister Laval und Briand, versammeln wir uns am Sonntag, den 27. September 1931, 8,15 Uhr, gegenüber dem Hotel Adlon vor dem Gebäude der Reichskreditbank. Erscheinen aller ist Pflicht! Bei der Vorbesprechung rufen wir: „Es lebe der Friede!“ oder „Vive la Paix!“

Was die Franzosen unter diesem „Frieden“ verstehen, haben wir im „Aufwärts“ oft genug auseinandergelegt. Es erübrigt sich, auch heute wieder näher darauf einzugehen. Wenn Frankreich jedoch einen ehrlichen Frieden anbietet, dann ist das deutsche Volk das letzte, das einen solchen Frieden ausschlägt. Und Frankreich hat es so leicht, den Beweis einer wahrhaften Verständigungsbeurteilung zu erbringen. Da ist z. B. die Tributfrage und da ist die Abrüstungsfrage, da ist ferner die Korridor- und die Saarfrage. Gewiß, das sind hoch politische Fragen, und die Franzosen sind geschickt genug, das Schwerk Gewicht ihres Berliner „Verständigungsmanövers“ nicht auf das politische, sondern auf das wirtschaftliche Gebiet zu verlegen. Die französische Politik geht im Zeichen des Kelloggpaktes eben andere Wege als zu Zeiten Ludwigs XIV. Aber nur die Methoden haben sich geändert. Nichts weiter. Läßt sich Deutschland auf einen Wirtschaftszusammenstoß mit Frankreich ein, dann würde das nichts anderes als die Kapitulation der deutschen Volkswirtschaft vor dem französischen Imperialismus bedeuten. Damit wären wir natürlich auch politisch den Franzosen endgültig auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, denn sie hätten es dann noch leichter als jetzt, uns je nach machtpolitischen Bedarf den Brotkorb niedriger oder höher zu hängen. Daß diese unsere Auffassung nicht willkürlich aus den Fingern gezogen ist, weiß jeder, der sich ernstlich und ohne durch irgendeine Parteibrille geblendet zu sein mit diesen Dingen beschäftigt. Wie man in maßgebenden deutschen Wirtschaftskreisen über all das denkt, geht aus folgenden Zeilen hervor, die wir der „Berliner Börsenzeitung“ (Nr. 446) entnehmen:

„Die Vernunft bricht sich Bahn. Deutschlands moralische Krise wird darin bestehen, ob es die Kraft hat, durchzuhalten bis (im wesentlichen die Klärung der innenpolitischen Lage in den Vereinigten Staaten) die Front der Vernunft die Kraft gewonnen hat, mit der Unvernunft des französischen Reparationsstandpunktes Schluss zu machen, oder ob es vorher dem französischen Druck nachgibt und sich von innerer Schwäche und Mitleidigkeit dazu bringen läßt, auf die deutsch-französische „Verständigung“ einzugehen, wie sie François-Poncet und das Comité des forges wünschen: weitgehende Beteiligung des französischen Geldes an der deutschen Wirtschaft, Aufkauf deutscher Aktien, Durchbringung des deutschen Wirtschaftskörpers mit französischem Golde. Ein ungeheuer spannungsvolles Wettrennen zwischen diesem französischen Versuch, der die Sanktionierung des politischen Status quo durch Deutschland natürlich zur Voraussetzung hat, und zwischen der Erkenntnis des Reparationswahnfinnes hat begonnen. Die Entscheidung liegt bei Deutsch-

land. Sind sein Verstand und sein Herz in den nächsten Monaten stark genug, muß die Vernunft im Endkampf siegen. Die innenpolitischen Entscheidungen der nächsten Wochen werden zeigen, ob die zur Zeit Verantwortlichen die Entschlußkraft haben, die Stärke des deutschen Herzens und des deutschen Verstandes im entscheidenden Augenblick zur Anwendung zu bringen.“

Es wäre dringend zu wünschen, daß die wahrhafteste Stimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, wie sie ja jetzt auch wieder bei den Hamburger Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, die deutsche Reichsregierung vor übereilten Entscheidungen im Sinne der französischen „Friedensbringer“ zurückhält. Wir können es verstehen, wenn Herr Laval Deutschland in der Tasche haben möchte, wenn er demnächst nach Amerika fährt, um mit der Wallstreet die französisch-amerikanische Goldallianz perfekt zu machen. Es wäre unverantwortlich, wenn Deutschland um des mankenenden Göldes willen sich voreilig auf ein Programm festlegen würde, das nichts anderes als den Schlussstrich unter Deutschlands Souveränität bedeutet. Leider muß man aus der soeben mitgeteilten Bildung einer deutsch-französischen Kommission den Schluss ziehen, daß die deutsche Reichsregierung dem französischen Druck gegenüber die Nerven verloren hat oder daß uns die zwölfjährige Erfüllungspolitik bereits derart zum Verhängnis geworden ist, daß wir zu einer selbständigen Politik nicht mehr fähig sind. Dann soll man aber den Mut haben, das einzugehen und nicht von Befreiungspolitik reden, während uns die Sklavenketten immer enger um Hand und Hals gezogen werden.

Zur Hauszinssteuer- und Wohnungsfrage.

(Schluß.)

In Kiel, wo ich schon schon Statistiken richtig lesen konnte, haben 1904 bis 1910 insgesamt 2442 freihändige Verkäufe bebauter Grundstücke stattgefunden. Bei den Verkäufen betrug insgesamt der Bruttoverkaufswert 96 507 496 Mark, der gemeine Wert 139 050 300 Mark der Kaufpreis aber 157 046 250 Mark. Ist das Abschreibung? — Und die Folgen für die Kieler Mieter? In denselben Jahren stiegen die Mieten für Wohnungen mit 2 Stuben um 8,5 v. H., mit 3 Stuben um 9,6 v. H., mit 4 Stuben um 10,2 v. H., mit 5 Stuben um 6,1 v. H. Es ist nun nicht mehr schwer, den Anstieg von 600 RM des Herrn Th. für „gesetzliche Abschreibung“ richtig zu beurteilen.

„Wer allerdings Eigentum als Diebstahl ansieht, der wird dem Hausbesitz überhaupt keine Rente aus seinem Besitz gönnen und es nicht abwarten können, bis auch das letzte Stück des Hausbesitzes öffentliches Eigentum geworden ist.“

Schreibt Herr Th. Was mich anbelangt, so schähe ich Deutschlands Wohnformen in folgender Reihenfolge ein:

1. Das gebundene Eigenheim (Reichswohnheimstätte, Rentengut, genossenschaftliche Eigenheim),
2. das freie (verschuldete und vererbte) Eigenheim,
3. die genossenschaftliche Mietwohnung,
4. das Wohnhaus der Dörfer und kleinen Städte, das der Besitzer bewohnt, behält und unterhält und von dem er eine oder einige Wohnungen zu rechtem Preise abvermietet,
5. die mittelstädtische und großstädtische Mietskasernen; sie ist die schlechteste Wohnform.

Die Werk- und Dienstwohnungen stuft ich nicht mit ein; bei ihnen kommt es noch mehr als sonst auf die Mieten an.

Kürzlich las man, daß die Vergherren ihren Arbeitern die Miete auf 180 bis 200 Prozent der Friedensmiete steigern. Nachstehende kleine Anfrage Nr. 2699 des Christl. Soz. Volksdienstes tut es wie folgt dar:

„Während die Arbeitslosen in den Steinkohlenbergbau immer größer und die Forderungen immer zahlreicher werden, sind seit längerer Zeit Vergabunternehmungen dazu übergegangen, die in der Vorkriegszeit mit billigem Gelde der Knappheitsversicherung gebauten Werkwohnungen um etwa 80 bis 100 v. H. der im Frieden tatsächlich gezahlten Mietpreise zu erhöhen. Den Vergaberbeitern sind die Mietverträge gekündigt worden, um das Zugeständnis dieser neuen höheren Mieten zu erhalten.“

Wir fragen das Staatsministerium: usw.“

Da ist es zu verstehen, daß die Gewerkschaften die Trennung von Werk- und Wohnvertrag verlangen, daß sie ihre Mitglieder nicht gleichzeitig arbeitslos und wohnungslos sehen wollen. — Auf der anderen Seite wohnen die Dienstwohnungsinhaber in den Pfarr-, Schul-, Post-, Bahn-, Rathäusern usw. sowie in den Anstalten der

Inneren Mission und dergleichen sehr annehmbar. „Sagen Sie“ — so fragte mich 1922 im Hospiz von Bethel ein Pfarrer aus dem Ruhrgebiet — „was ist denn eigentlich die Mieterbewegung?“ — „Mieterbewegung“ — so entgegnete ich — „das ist, daß Sie eine Dienstwohnung haben, und deshalb vor Mietsteigerung und Kündigung auch bei größerer Kinderzahl geschützt sind.“ — „Wissen Sie, Sie haben recht“ entgegnete er besinnlich und dann hatte er ein langes Gespräch mit meinem Reisegefährten, der auch vom Mietertage kam. Mich beschäftigte unter des ein Hausbesitzer. Andern Tages gingen wir gemeinsam durch Bethel.

Für die Bewirtschaftung der Miethäuser, besonders der mittel- und großstädtischen Mietskasernen erstrebt der Bund Deutscher Mietervereine (Dresden A., Marschallstraße 29) ein deutsches, soziales Wohnrecht der Art, daß beide Teile — Vermieter und Mieter — dabei bestehen können. Sozialisierung will er nicht.

Was Rudolf Sohm, der Mitthöpfer des Bürgerl. Gesetzbuches, Johannes von Miquel, Friedrich Naumann und viele andere Kenner zu diesen Fragen gesagt haben, stelle ich einmal besonders zusammen, es würde hier zu weit führen. Doch möchte ich auf den Abschnitt „Städt. Grund- und Hauseigentum“ im Lehr- und Handbuch der politischen Ökonomie des Altmeisters unserer Volkswirtschaftslehre, des Geheimrats Prof. Adolf Wagner, des christlich-sozialen, treuen Freundes von Adolf Stöcker, hinweisen und von Seite 471, 506 ein paar Sätze hier wiedergeben:

„Mir schien schon lange die eigentlich kritische Signatur dieser Frage, ihre häufige Zuspitzung zur Wohnungsnot, gerade in diesem Zusammenhang des städtischen Wohnungswesens mit dem Privateigentum am Boden und Haus zu liegen. Diesen Standpunkt vertrat und motivierte ich bereits früher in der Eisenacher Debatte über Wohnungsnot.“

„Man wird jetzt nicht mehr sagen können, der gegenwärtige Rechtszustand des privaten städtischen, zumal großstädtischen Grund- und Gebäudeigentums verdiene nach allen seinen dargelegten nachteiligen Folgen durchaus den Vorzug vor jedwem Gemeineigentumsystem.“

Ein Bild aus jüngster Zeit fällt mir gerade in die Hände, — ein Zeitungsausschnitt. Er lautet:

„Der Däne Hansen aus Kopenhagen hat in der Inflationszeit in Kiel drei Häuser für zusammen 50 000 Dänekronen gekauft, mit Kosten also für etwa 80 000 Mark. Er hat jetzt die Reihe nach die drei Häuser mit 190 000 Mark, 195 000 Mark und 65 000 Mark neu belastet, zusammen also 450 000 Mark. Geldgeberin ist eine deutsche Hypothekbank. Herr Hansen war zu diesem Zweck dreimal in Kiel, um das Geld über die Grenze nach Kopenhagen zu bringen. Einmal, so erzählt mein Gewährsmann, habe ich zusehen müssen, wie Hansen 180 000 Mark in seine Brusttasche packte und damit nach Kopenhagen abfuhr. Das war 1927. Ein Jahr darauf stand Hansen vor meiner Tür und fragte, ob er nicht noch einmal Geld bekommen könne auf die Häuser. Er hat für 60 000 Mark schon 450 000 Mark bekommen und nach Kopenhagen geschafft und ist noch nicht zufrieden. Hansen in Kopenhagen zahlt jetzt keine Zinsen und keine Steuern mehr; eines der Grundstücke kommt daraufhin zur Zwangsversteigerung.“

Hansen muß von der „wertvermindernden“ Hauszinssteuer vollständig befreit werden, und von der „Zwangswirtschaft“. Dann trägt Hansen erneut 200 000 Mark über die Grenze.

Und Ihr seht zu?“

Ein selbstgeschautes Bild, ein Bild, das ich an einem Abend von selbst sah, nachdem ich vorher den „Aufwärts“ Nr. 218 gelesen hatte:

Großes Eckhaus im Berliner Westen. 5 Treppenhäuser, 2 von der Straße, 3 vom Hofe. 35 Wohnungen und ein halbes Dutzend Läden. Ein ziemliches Dorf in einem Hause. — Um den Besitz streiten sich vor deutschen Gerichten 2 Juden aus westlichen Nachbarländern. Der „Administrator“ wohnt in einem feinen Vorort, ein Portier oben am Hofe. „Rufen Sie man den Namen, ... dann kuckt er oben raus.“ Es war nicht nötig, eine Erdgeschößbewohnerin sagte mir schon, wo die wohnten, die ich besuchen sollte. — 4 Treppen hoch war er als erster Mieter vor über 3 Jahrzehnten eingezogen. Friedensmiete für 2 Stuben und Küche 43, Zehnmiete 57 Mark. An der Wand 2 Diplome: 25, dann 50 Jahre bei einem Meister gewesen. Mit ihm beim Reichstag, bei der Charite, bei großen Banken tätig gewesen, an der Trauerstraße für Wilhelm I. 1888 mitgeholfen. 13000 Mark in Anleihen,

Vor neuem Wagnis.

Sieben wurde eine der wichtigsten Veranstaltungen des Westdeutschen Jungmännerbundes, die Bundesvertretung, beendet. Sie sollte in diesem Jahre in Verbindung mit dem 83. Bundesfest in Koblenz durchgeführt werden. Die Not der Zeit zwang dazu, das Bundesfest abzusagen und die Bundesvertretung nach Barmen zu verlegen. Gerade aber durch die Notzeit wurde die Bundesvertretung besonders notwendig und bedeutungsvoll. Jede Not will neuen Wagemut wecken. So steht der Westdeutsche Jungmännerbund als der älteste und größte evangelische Jungmännerbund im deutschen Reichsverband in neuer Zeit vor neuem Wagnis. „Mit Gott wollen wir Taten tun“, das klang schon durch die Tagung der Kreisvorsitzenden, die am Freitag, den 18. September, stattfand. Die Führer der 54 Kreisverbände des Bundes aus Rheinland und Westfalen, aus Kurhessen und Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold, aus Nassau und dem Saargebiet, besprachen mit der Bundesleitung in ernster Beratung die „Mobilisierung der Kreisverbände“. Mannigfache Not auf allen Lebensgebieten, steigende Gottlosenbewegung und drohende Gleichgültigkeit vieler Christen machten entscheidende, zuchtvolle, zielklare, opferbereite Arbeit unter evangelischer Jungmannschaft besonders nötig. Der Bericht des Bundesführers, Bundeswart Pastor Juhl, gab ein eindrucksvolles Bild der mannigfachen Bundesarbeit und gab klarste Weisung für die Zukunft. Welch ein Leben strömt doch trotz aller menschlichen Bedingtheiten durch das weitverzweigte Werk mit seinen 813 Vereinen und 408 Jungscharen mit zusammen 58 529 Mitgliedern. Bei aller

7000 Mark Sparguthaben zusammengespart. Letztere sollten für ein Eigenheim draußen vor der Stadt sein. Aber vorher kam die Abwertung, der Verlust. — Jetzt 57 Mark Miete und 55 Mark Invalidenrente. Sozialrentnerzuschlag wurde abgelehnt, die Frau sollte sich Arbeit suchen. Zur Kleinrentnerunterstützung fehlten noch einige Unterlagen. Aber der Mietanteil von rd. 20 Mark, der jetzt auf die Hauszinssteuer entfällt, kann vielleicht erlassen werden, u. U. noch einige Monate rückwirkend: Wenn aber die Hauszinssteuer zugunsten des Ausländers, dem das Gericht den Besitz einmal zuspricht, gesenkt wird, so fällt natürlich die Mietensenkung durch den Staat um so viel kleiner aus. Wohlfahrtsamt, hilf! So wird es bald heißen müssen, denn der Rest der Ersparnisse ist nun aufgezehrt.

„Wenn also 721 904 Hausbesitzer 520 363 000 Mark aus Mieteinkommen versteuern, so entfällt auf den einzelnen Hausbesitzer ein Durchschnittseinkommen aus Vermietung von ca. 750.— Mark. Dieser Betrag dürfte in der Regel dem Mietwert der eigenen Wohnung des Hausbesitzers entsprechen, da man in Betracht zu ziehen hat, daß diese Hausbesitzer durchweg eine bessere Wohnung bewohnen.“

schreibt Herr Th. Ich darf wiederholen, daß die Zahlen aus 1925, wo die Miete 80 Proz. betrug, stimmten. Jetzt haben wir 1931 und es werden über 120 Prozent bezahlt. Aber ich möchte Herrn Th. besonders darauf hinweisen, wie froh mein Sparer im 4. Gehchoß, wie froh alle Sparer wären, wenn sie ihr Eigentum behalten und obendrein freie Wohnungen hätten.

Die Lage des Hausbesitzes hat noch schwärzer als Herr Th. der Führer der Haus- und Grundbesitzer beurteilt. Er sagte in Berlin auf der Protestkundgebung der Haus- und Grundbesitzer im Sportpalast am 22. Juni 1931:

„Die sozialistische Gesetzgebung der letzten 12 Jahre hat diese gesunde, staatsverhaltende Wirtschaftsgruppe — die Haus- und Grundbesitzer — zum Bettler gemacht!“

Aber der Mieterpresse flog aus jenen Kreisen ein Blatt auf den Tisch, was zu den Klagen wenig paßte. Die Anzeigenverwaltung der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“ hatte die Kurdirektionen aller Badeorte zur Infektion in der „Deutschen Haus- und Grundbesitzerzeitung“ eingeladen wie folgt:

„Eine solche Infektion kann schon deshalb kein Mißgriff sein, weil gerade die Hausbesitzer in der Lage sind, zu reisen, und sich bei ihrem Aufenthalt in fremden Städten einen größeren Luxus leisten können, als andere Kreise. Sie bestreuen mit Inseraten in der Deutschen Hausbesitzer-Zeitung den am meisten kapitalkräftigen Teil des Mittelstandes. Haben Sie den zahlungsfähigen Hausbesitzer im ganzen Deutschen Reich zu einem Besuch Ihrer Stadt ein!“

Ein paar Schlüsselfragen: Möchte die Führung der Hausbesitzer, wenn sie Befreiung der Hauszinssteuer fordert, jede Wiederaufrholung der „Aufwertungsfrage“ zugunsten der Sparer ablehnen, freie Steigerung und Kündigung verlangt, nicht doch einmal sich auf den großen Ernst der Stunde befinnen? Denkt sie nie an das Schicksal der französischen Bevorrätigen am 4. August 1789, der russischen Haus- und Grundbesitzer 1918, der spanischen Granden 1931? Haben ihr die Wahlverluste ihrer Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen usw. in Bremen und Oldenburg nichts zu sagen?

Wären Herr Th. und die Hausbesitzer in der Aufwärtsgemeinde nicht berufen, mäßigend auf die Führung der Hausbesitzer einzuwirken?

Wln.-Schöneberg

H. M.

Warum flieht die Jugend aus der SPD?

Wm. Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Carl Mierendorff, der bei den Herbstwahlen 1930 als einer der wenigen Vertreter der jungen Generation in das Parlament einzog, greift in den „Neuen Blättern“ für den Sozialismus“ den Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend Erich Ollenhauer im Anschluß an die Rede, die Ollenhauer auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokraten gehalten hat, an. Er wirft ihm, wie der Partei überhaupt, eine mangelhafte Konkretisierung der sozialistischen Zielvorstellung vor. Mierendorff sagt dazu u. a.:

Dankbarkeit für den starken Nachwuchs, der auch im letzten Jahr dem Werke zuzuwuchs, wurde aber mit aller Klarheit betont, daß Bund und Vereine heute weniger denn je Zufluchtsstätten für Lebensfremde sein dürfen, sondern Proviantkammer und Waffenarsenale sein müssen, in denen junge Menschen gerüstet werden für den Kampf an der Front des Lebens, für den Kampf um Gott und Ehre. Wie stark der Bund in der Schulung und Rüstung junger Kämpfer seine Aufgabe sieht, zeigt deutlicher als viele Worte die Tatsache, daß er allein im letzten Jahr 100 Freizeiten, Lehrgänge und Kurse mit 6000 Teilnehmern, 6 Sondertagungen für Spezialgebiete mit vielen Hunderten von Teilnehmern und 8 Bundesjugendtagungen mit 1397 Führern und Mitarbeitern durchgeführt hat. Höchst interessant ist, daß bei einem solchen Treffen mit 194 Teilnehmern 62 verschiedene Berufe vertreten waren, ein Zeichen dafür, wie der Bund die verschiedensten Gruppen durch seine Botschaft, das Evangelium von Jesus Christus, auch heute noch verbindet. Es ist klar, daß ein Werk mit dieser Zielstellung der Kirche des Evangeliums mit ihrer Arbeit an der deutschen Jugend gern und freudig dient. Das größte Ereignis im Bundesleben des vergangenen Jahres war das „Lager der Tausend“ in Waldeck am Edersee, das ja an den Pfingsttagen in Wirklichkeit ein Lager der Zweitausend war. Große Anregungen sowohl für die äußere Haltung wie für die innerste Zielvorstellung sind vom Lager aus die mächtig durchbrechende Jungvolkarbeit des Bundes ausgegangen. Der Stab der Bundesberufungsarbeit wurde von 15 auf 17 erhöht, der neue Bundesposamentensekretär hat in besonderer Weise den über 7000 Bläsern des Bundes zu dienen, während der Bundesturnsekretär der Eichenkreuzturn-

„Daß wir den Sozialismus wollen, ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns dazu bekennen und es immer wieder „mit Eindeutigkeit und Schärfe“ zum Ausdruck bringen sollen, ebenfalls. Aber ist es damit bereits getan? Das Bekenntnis wird zur Phrase, wenn wir nicht sagen können, welchen Inhalt wir mit diesem Begriff verbinden. Spiert Ollenhauer nicht, daß seine Methode eine peinliche Verwandtschaft mit dem marktgängigen „Versammlungssozialismus“ aufweist, der darin besteht, daß jeder Redner, wenn er sich dem Schluß seiner Ausführungen nähert (wie man so schön sagt), die rote Fahne — bildlich gesprochen — aus der Tasche zieht, mehr oder minder schwingend und eindrucksvoll über seinem Haupte zu schwenken? Kaum ein anderer Vorgang illustriert wohl mit gleicher Schlagkraft, an welchem kritischen Punkt der demokratische Sozialismus marxistischer Herkunft heute angekommen ist; er ist zu einem Requisite der Versammlungssprache erstarrt. Wir Jungen, die das erkannt haben, müssen alle Kraft ansetzen, um diesen gefährlichen Zustand zu überwinden. Es ist tödlich für eine Bewegung, und die mangelnde Anziehungskraft auf die Jugend hat hier ihren Kern und ihre letzte Ursache. Deshalb muß unsere Forderung als Jugend an die Partei begn. an ihre geistige Führung lauten, weiter vorzustoßen und aus dem abstrakten Begriff Sozialismus eine lebenswirkliche und lebensnahe, weithin sichtbare und dem einfachsten Menschen faßbare, in allen Fasern durchblutete sozialistische Zielvorstellung zu machen.“

Niemand verlangte von Ollenhauer, daß er in Leipzig bereits die Antwort gab. Daß Ollenhauer aber nicht einmal das Problem sah, daß hier die Not der Jugend sitzt (wenn sie zur Partei ein Verhältnis gewinnen will), daß er diese Not nicht instinktiv selbst spürte und sich bei dieser einzigartigen Gelegenheit nicht zu ihrem Fürsprecher machte, das hat an seiner Rede so tief enttäuscht. Sozialist sein, heißt „Kämpfer sein für eine neue Gesellschaftsordnung“ genügt heute nicht mehr als Deklaration. Die Zeit fordert, daß wir sagen, wie wir uns diese neue Gesellschaftsordnung (wenigstens teilweise und in großem Umriß) denken. Das Schicksal des Sozialismus hängt davon ab, daß wir den Massen dieses unser Ziel in seiner ganzen gigantischen Größe und hinreichenden Majestät plastisch vor Augen stellen. Wir glauben wenigstens, daß von der sozialistischen Jugend ein solcher Antriebs zur Weiterentwicklung der Partei ausgehen muß, auch wenn in den Blättern der SAJ und in den Reden ihres Führers bisher nichts davon zu vernehmen war. Sollten sie am Ende anderer Meinung sein?“

Die evangelischen Lehrerinnen gegen den Rechtsbruch im preussischen Staate.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Evangelischer Lehrerinnen e. V. nahm in seiner Sitzung am 19. September Stellung zu den in der neuen Notverordnung vom 12. September über das preussische Schulwesen und die Lehrerschaft verhängten Sparmaßnahmen.

Erschrecken und tiefe Trauer erfüllen ihn bei der Feststellung der furchtbaren Auswirkungen, die eine verfehlte, auch von ihren Trägern als solche anerkannte, Staatspolitik über unser Volk heraufbeschworen hat, und die mit immer härterem Griff unser gesamtes Erziehungs- und Bildungswesen lahmzulegen, unsere Jugend, die heute mehr denn je für den Kampf in Leben und Beruf der starken Ausrüstung zu innerer Kraft und großer Tüchtigkeit bedarf, die Voraussetzungen für solche Heranbildung zu nehmen drohen.

Der Lebensnerv der Schule, also der Grundlage unseres gesamten Kulturlebens, wird in erschreckendem Maße angetastet durch eine allen pädagogischen und hygienischen Anforderungen widersprechende Erhöhung der Klassenschülerzahl, durch Herabminderung der Unterrichtsstunden für die Schülerschaft, durch Heraushebung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte und durch Entlassung Tausender dem Schulwesen unentbehrlicher Jung-

arbeit zur Verfügung steht. Mit großem Nachdruck wird schon seit Jahren der Dienst an den Erwerbslosen durchgeführt. Wachsende Räte rufen nach vermehrtem Dienst. Bei der Fülle der Aufgaben heißt es: Ballast über Bord! Die Kräfte zusammengefaßt! Die Ziele klar! Und Kurs gehalten! Gefordert wird: Heilige Tat! Damit das geschehen kann, heißt es: Tiefer hinein in die Bibel und Gebet. Mehr Schulung einer Führerschaft, höhere Opfer von Mitgliedern und Freunden des Westbundes sind nötig. Unser Werk ist: Dienst am deutschen Volk! Wer als Christ sein Deutschtum verrät, der verrät Gott den Schöpfer, der ihn so adelt, daß er ihn in die Zeit der schwersten Not seines Volkes hineingeboren werden ließ. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, 25% der Mitglieder sind erwerbslos, ist bemerkenswert, daß laut Bericht des Schatzmeisters ca. 70 Prozent des Etats durch Beiträge und freiwillige Gaben von Mitgliedern aufgebracht werden. Den Abschluß der Bundesvertretung bildete der Gottesdienst in der alten lutherischen Kirche in Elberfeld, der von dem Westdeutschen und Südwestdeutschen Sender übertragen wurde, und die stark besuchte öffentliche Versammlung im Jugendhaus in Elberfeld. Zeigte der Gottesdienst das Fundament, auf dem Gott den Westdeutschen Jünglingsbund durch die Väter des Werks erbaut und in einer langen Geschichte erhalten hat, so gab der Vortrag des Bundeswarts im Jugendhaus einen tiefen Einblick in den schweren Kampf der deutschen Abordnung bei der 20. Weltkonferenz der Christlichen Vereine junger Männer in Amerika um die Kriegsschuldfrage. Voll Mut und Festigkeit standen dort deutsche Männer im Kampf: „Gott zur Ehr, der Wahrheit zur Wehr“.

lehrer und deren Einbeziehung bei den Entscheidungen, ergreifen. Die T. Preussische Grundlagenvorhanden und hier der deutschen aus-

Unbef

Nach der am 1. September bevorstehenden Wahl, einen ernsthaften Blick auf die Ausprägung als ein Gedanken.

Ausbeiwurden, rüstet den Zustand der Deutschen, derzeit ein der Rüstung, Verpflichtung, es den durch ein auffordernd sind, von einen der zunehmenden Besten von Vori-

Lohn

Die Einvernehmen, schließend, Lohnarbeit, der Notwendigkeit, Reichs-

Deutsche Bereich d

P

Ablehnung Der siebenprozentigen Arbeiter die Verbminister: rüstung e. gend, B. verlaute, in der reichend Pfundbau Spruches wird vor Wie nung no feilschl

Der stündiger schluß für im Unte werden.

Der riums N. Notverord amfengel schulen n getastet. Die Lehr dungsver

Romm

Der Hages, d. Inergero zurückble gegeben. bestimm

Lehrer und Junglehrerinnen. Das geschieht, ehe alle anderen Einschränkungs- und Sparmöglichkeiten, vor allem bei den höchsten Verwaltungsstellen und Gehaltsempfängern, erschöpft sind.

Die Tatsache des vollzogenen Rechtsbruchs durch die Preussische Regierung macht erschütternd klar, daß die Grundlagen eines geordneten Rechtsstaates nicht mehr vorhanden sind, und daß vor allem die Beamtenchaft, und hier insonderheit die Lehrerschaft, also die Erzieher der deutschen Jugend, der Willkür der regierenden Stellen ausgesetzt sind.

Schluß der Völkerbundstagung.

Unbefriedigendes Ergebnis der Verhandlungen über das beantragte Rüstungsfeierjahr.

Nach mehr als dreiwöchiger Pause wurde die Herbstversammlung des Völkerbundes vom Präsidenten Titulescu mit einer kurzen Ansprache geschlossen. Auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz, so betonte Titulescu dabei, werde sich zeigen, ob die Staaten entschlossen seien, einen ernsthaften Schritt zur Verwirklichung des Artikels acht der Völkerbundstatute zu tun. Die deutsch-französische Aussprache in Berlin erwähnte Titulescu in seiner Rede als ein „Zeichen für den Fortschritt des Verständigungsgedankens“.

Ausgeführt war die Sitzung, der Zuhörer fast gar nicht beizuhören, in der Hauptsache mit formalen Arbeiten. So wurden verschiedene Berichte genehmigt, darunter der Bericht des Abrüstungsausschusses, der in einer Nachsitzung zustande gekommen war. Hatte Italien mit Unterstützung Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten seinerzeit eine Verpflichtung der Mächte zur Nichtvermehrung der Rüstungen angeregt, dann ist im Ausschuss aus dieser Verpflichtung eine bescheidene Empfehlung geworden, die es den Regierungen anheimstellt, die Abrüstungskonferenz durch einen Stillstand der Rüstungen vorzubereiten und sie auffordert, bis zum 1. November zu erklären, ob sie bereit sind, von diesem Zeitpunkt für die Dauer eines Jahres einen derartigen Waffenstillstand der Rüstungen aufzunehmen.

Befriedigend ist dieser Bericht, der in der Schlußsitzung von Lord Cecil als ein Fortschritt verteidigt wurde, nicht!

Der V.D.E. erhebt anklagend und warnend seine Stimme dagegen, daß von der Staatsregierung der Boden des Rechts und der Grundfah der Gerechtigkeit verlassen und eine aller Demokratie hohnsprechende Willkür angewandt wird.

Waterlandsnot kann getragen, durchlitten und überwunden werden, aber auch nur dann, wenn die an höchster verantwortlicher Stelle stehenden Diener des Volkes unerschütterlich an den Grundfesten von Recht und Gerechtigkeit festhalten und als erste mit größtem Verzicht und Opfer den Volksgenossen leuchtend vorangehen!

Von einem Fortschritt kann nur insoweit die Rede sein, als diesem nicht nur Deutschland positiv für die Abrüstung eingetreten ist, sondern sich ein kompakter Block gebildet hat, dem nur Frankreich mit seinen Verbündeten und Japan gegenübersteht. Aber das ändert nichts daran, daß die Entschliebung, die aus den Beratungen schließlich hervorgegangen ist, kaum fruchtbar werden wird! Eine Reihe von Delegationen hat sich außerdem ausdrücklich vorbehalten, daß die normale Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über die Personalstärke, die Unterhaltung und Erneuerung des Materials der Land-, See- und Luftstreitkräfte oder der Befestigungen nicht gegen den Grundsatz des Rüstungswaffenstillstandes verstoße.

Am Schluß der Sitzung gab noch der Ratspräsident, Spaniens Außenminister Verrour, eine

Erklärung zum Mandschurenkonflikt.

ab. Der gute Wille der beiden Regierungen und ihre Treue gegenüber den Verträgen, so führte Verrour aus, bildeten „die beste Garantie für den Frieden der Welt.“ Der Völkerbundsrat werde nach Abschluß der Arbeiten der Versammlung seine Bemühungen fortsetzen, um den beiden Regierungen durch ein für beide Länder annehmbares Verfahren zu einer befriedigenden Regelung der Lage zu verhelfen.

Zu Beginn der Sitzung hatte die Völkerbundversammlung noch den in Polen tödlich verunglückten Minister Strinsky, der bei der vor fünf Jahren erfolgten Aufnahme Deutschlands den Vorsitz geführt hatte, in einer schlichten Trauerfeier geehrt.

Lohnabbau bei der Reichsbahn.

Die Reichsbahngesellschaft hat, den Blättern zufolge, im Einvernehmen mit der Reichsregierung den drei vertragsschließenden Organisationen, die Paragraphen 4 und 5 des Lohnabbaugesetzes zum 31. Oktober gekündigt, um die in der Novellierung vorgezeichnete Lohnsenkung auch bei der Reichsbahn durchzuführen.

.. Auch die Reichspost kündigt die Tarifverträge. Die Deutsche Reichspost hat den Lohnabbaufür die Arbeiter im Bereich der Deutschen Reichspost zum 31. Oktober gekündigt.

Protest gegen Ruhrschiedspruch.

Ablehnung durch die Arbeitgeber und die Gewerkschaften. Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau, der eine siebenprozentige Lohnkürzung vorsieht, ist von drei Bergarbeiterverbänden sofort abgelehnt worden. Ferner sandten die Verbände folgendes Telegramm an den Reichsarbeitsminister: „Bergarbeiterverbände lehnen mit größter Entschiedenheit Schiedspruch für Ruhrbergbau ab. Erluchen dringend, Verbindlichkeitserklärung nicht auszusprechen.“ Wie verlautet, wird auch der Gewerkschaftsverband den Schiedspruch in der Lohnfrage ablehnen, da er den Bergbau nicht ausreichend entlaste und zum anderen die Auswirkung der Pfundbaufälle im Laufe der vorgesehenen Zeitdauer des Spruches nicht zu übersehen sei. Das Arbeitszeitabkommen wird von dem Gewerkschaftsverband angenommen.

Wie in Berlin verlautet, rechnet man trotz der Ablehnung noch im Laufe des Mittwochs mit der Verbindlichkeitserklärung.

MacDonald vor dem Unterhaus.

Eine neue Regierungserklärung.

— Berlin, 30. September.

Der englische Ministerpräsident MacDonald ist in einstündiger Audienz vom König empfangen worden. Im Anschluß fand eine Kabinettsitzung statt. Am Mittwoch wird im Unterhaus eine Regierungserklärung bekanntgegeben werden.

Thüringische Notverordnung.

— Weimar, 30. September.

Der Vorsitzende des thüringischen Staatsministeriums Minister Baum, gibt bekannt, daß die bevorstehende Notverordnung von einer allgemeinen Kürzung der Beamtengehälter absehen wird. Die Ausgaben für die Berufsschulen werden stark gekürzt. Die Volkshochschule wird nicht angetastet, doch werde die akademische Lehrerbildung beseitigt. Die Lehrergehälter werden in Anlehnung an die Befoldungsverhältnisse anderer Länder gekürzt.

Kommandowechsel in der Atlantikflotte.

— London, 30. September.

Der Kommandant der britischen Atlantikflotte, Admiral Huges, der zwei Tage vor dem Auslaufen der Flotte nach Invergordon an einer Brustfellentzündung erkrankte und zurückbleiben mußte, hat um Enthebung von seinem Posten gebeten. Zu seinem Nachfolger wurde Admiral Kelly bestimmt.

Abreise Laval's und Briand's.

Der Eindruck der deutsch-französischen Aussprache in der Presse.

Frankreichs Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand sind von Berlin nach Paris zurückgekehrt. Zum Abschied hatten sich Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsaussenminister Dr. Curtius, der deutsche Botschafter in Paris, von Hoelsch, die Staatssekretäre Dr. Pünder, von Bülow und Weismann sowie der Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, eingefunden.

Zu dem Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen schreibt die dem Reichskanzler nahestehende „Germania“, allzu großer Optimismus sei ebenso verfehlt wie völlige Ungläubigkeit. Die Widerstände, die der weiteren Arbeit im Wege stünden, seien nicht gering, aber daß diesmal ein ernsthafter Wille vorhanden sei, dafür bürgten die Namen der beteiligten Staatsmänner. Der „Börse-Courier“ hält eine Erweiterung der Aufgaben des neuen Komitees für möglich. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, ähnliche Töne wie jetzt seien schon in Locarno und Thoiry vernommen worden, ohne daß damals das deutsch-französische Verhältnis, abgesehen von der Rheinlandräumung, befriedet worden sei. Allerdings könne jetzt der täglich weiterfressende Brand der Wirtschaftskrise schließlich auch Frankreich davon überzeugen, daß es auf dem bisherigen Wege weder Wohlfahrt noch ein gutes Verhältnis zu Deutschland gewinnen könne. Der „Lokal-Anzeiger“ verzeichnet die Einsetzung der neuen Kommission unter Hinweis auf die in Genf schon existierenden 267 Ausschüsse und fragt: Ist das alles? Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt ihrem Artikel die Überschrift „Neuer Start?“ und führt darin aus, in jedem Falle seien wesentliche Ziele der großen französischen Politik mit der Einsetzung dieses vorläufig wirtschaftlich getarnten Komitees verbunden. Die „Börsen-Zeitung“ spricht von der Fortsetzung der Arbeit im Geiste Stresemanns. Der „Vorwärts“ meint, zugrunde liege der neuen Führungsnahme die unermüdete Arbeit der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften.

Die französischen Zeitungen kündigen die Ernennung der Kommissionsmitglieder innerhalb von zehn Tagen an. Den Besuch beim Reichspräsidenten von Hindenburg werten sie als Zeichen der Entspannung. Die Haas-Agentur erblickt in dem Besuch in Berlin den „Bruch mit der Tradition freiwilliger Isolierung und eine neue Etappe auf dem Wege der Annäherung“. „Petit Parisien“ betont, die Berliner Begegnung sei „in einer Atmosphäre verlaufen, die von Stunde zu Stunde herzlicher geworden sei“. In der „Ere Nouvelle“ heißt es: Frankreich und Deutschland werden sich daran gewöhnen, zusammenzuarbeiten. Man hat in Berlin wahrhaft für den Weltfrieden gearbeitet. „Deuvre“ erklärt: Der Berliner Besuch stellt einen wirklichen Fortschritt auf einem Wege dar, auf dem man seit einigen Jahren nur Rückschritte erlebt hat.

Vorbehalte machten „Journé Industrielle“, ferner das „Echo de Paris“, das erklärt, man dürfe keine Ergebnisse sehen wollen, die nicht vorhanden sind, und dann übt vor allem „Figaro“ Kritik, wobei das Blatt die Frage aufwirft, ob Frankreich nicht etwa zuviel Vertrauen in Berlin bewiesen habe und zuviel Kredit gewähren werde. (1)

Die englischen Blätter rechnen allgemein mit einem baldigen Beginn der Kommissionsarbeiten, im übrigen aber ist ihr Interesse durch die Frage des Zeitpunktes der Neuwahlen in Anspruch genommen.

— Reichskanzler Dr. Brüning erstattete dem Reichspräsidenten Bericht über den Stand der Arbeiten am Notprogramm

Frankreich läßt an Versailles nicht rütteln.

Ueber das Ergebnis des Franzosenbesuches schreibt die „B. V. Z.“ u. a. folgendes:

Nachdem die französischen Minister die Rückreise angetreten haben, ist in allen den Kreisen der beiden beteiligten Länder, die die Verhandlungen nur durch die rosenrote Brille eines hochgespannten Optimismus betrachtet hatten, an die Stelle des Gefühlsüberschwanges nüchterne Betrachtung getreten. Die nächsten Wochen werden der Konstituierung der gemischten Kommission gewidmet sein. Auf deutscher Seite wird man bei der Auswahl der Persönlichkeiten scharf darauf zu achten haben, daß auf diese wichtigen Kampfpunkte nicht Männer geschickt werden, denen es an Abwehrfreudigkeit gebricht.

In der Öffentlichkeit wird noch darüber gestritten, ob die Franzosen in Berlin auch den Versuch gemacht haben, Zugeständnisse politischer Natur von uns zu erreichen. Die Behauptungen, daß dies in Verbindung mit der Erörterung finanzpolitischer Fragen geschehen sei, finden eine indirekte Bestätigung durch eine Äußerung, die Bertinax heute im „Echo de Paris“ tut. Er schreibt, der deutsch-französische Ausschuss, der in zehn Tagen gebildet werden solle, bedeute, daß Frankreich die Friedensverträge nicht anrühren lasse und nur unter den vom Ministerpräsidenten Laval im Juli aufgestellten Bedingungen bereit sei, Deutschland Kredite zu gewähren. Die Vermutung liegt also nahe, daß die Franzosen den Versuch gemacht haben (und ihn in der gemischten Kommission wiederholen werden), Deutschland auf Anerkennung und Garantierung des Status quo von Versailles festzulegen.

Der gedämpfte Ton, in dem die Pariser Presse die Kolonialfrage streift, scheint zu zeigen, daß Laval und Briand in dieser Beziehung wenig Verständnis in Berlin gefunden haben. Wir haben an dieser Stelle den französischen Plan, mit überschüssiger deutscher Kraft das schwarze Kolonialreich Frankreichs zu befestigen und aufzurichten, bereits in seiner ganzen empörenden und amoralischen Verworfenheit gekennzeichnet. Die französische Presseäußerung, es habe sich um die Möglichkeit gehandelt, „die Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung der Einwanderung in die Kolonien zu mildern“, zeigt den Kern des französischen Planes hüllenlos. Während man zuerst in Deutschland geglaubt hatte, die Franzosen wollten hauptsächlich auf Reparationskonto deutsche Maschinen für ihre Kolonien haben, zeigt sich jetzt, daß die Franzosen tatsächlich Anspruch auf deutsche Menschen erheben, nachdem sie es 1919 bewirkt haben, daß Deutschland von der kolonialen Betätigung durch eine der übelsten Verleumdungen der Weltgeschichte ausgeschlossen blieb. Es kann keine deutsche Regierung geben, die auf ein solches Ansinnen einging!

Vielleicht wird die Stimmung in Paris am richtigsten charakterisiert durch die Feststellung eines Pariser Blattes: am Sonntag seien die franz. Minister von Reichsbannerleitern und Mitgliedern der Liga für Menschenrechte empfangen worden, am Montag hätten etwa 150 bis 200 Neugierige vor dem Hotel Adlon Ausschau gehalten, es habe sich kein Zwischenfall ereignet; man solle jedoch diese letztere Tatsache nicht übertrieben, denn die Bevölkerung habe weder Wärme noch Sympathie zum Ausdruck gebracht. Die Hamburger Wahlen am Sonntag hätten deutlich gezeigt, in welcher Richtung sich das deutsche Volk bewege.

So weit das Pariser Blatt. Es liegt kein Grund vor, zu widersprechen. Die Gehässigkeit der französischen Nachkriegszeit hat diese „Richtung, in der sich das deutsche Volk bewegt“, bestimmt.

Die internationale Währungskrise.

Professor Cassel über die Gefährdung der Goldwährung.

Stockholm, 29. September. Der bekannte schwedische Nationalökonom Prof. Gustav Cassel sprach am Dienstagabend in Stockholm im Rundfunk über das Thema „Stehen wir vor der Aufhebung der Goldwährung?“. Er bezeichnete die Wirtschaftskrise vor allem als Krise des internationalen Geldwesens und als eine Folge der außerordentlichen Nachfrage nach Gold, die gleichbedeutend sei mit einer gewaltigen Herabsetzung der Warenpreise. Der Wert der Banknoten beruhe im wesentlichen auf der Knappheit des Notenumlaufes und keineswegs auf der Deckung durch Gold. Die Goldsammlung in Amerika und Frankreich sei um so verhängnisvoller gewesen, als man mit diesem Goldzufluß nichts anzufangen gewußt habe. Jetzt, wo auch England und Skandinavien die Goldwährung aufgegeben hätten, sei die Krise auf die Spitze getrieben worden. Die Auflösung des internationalen Goldwährungssystems werde sich jetzt wahrscheinlich beschleunigt fortsetzen. Ob es möglich sein werde, ein internationales Währungssystem auf Goldbasis wieder aufzubauen, hänge davon ab, inwieweit die Zentralbanken Verständnis dafür aufbringen würden, daß sie ihre Ansprüche auf Goldreserven wesentlich herabsetzen müßten. Eine internationale Silberkonferenz könne keinen Erfolg haben, wenn nicht gleichzeitig die Goldfrage oder die Frage der künftigen Gestaltung des Geldwesens der Welt eine befriedigende Lösung finde. Wenn das Geldwesen einmal vom Golde freigemacht werden müsse, so habe man keine andere Wahl, als eine reine Papierwährung, bei der die Stabilität der Kaufkraft nur durch eine planmäßig regulierte Knappheit der Zahlungsmittelversorgung erreicht werde. Wenn Frankreich und Amerika fortführen, Gold an sich zu ziehen, und dadurch die internationale Goldwährung unmöglich machen, müßten sich alle guten Kräfte auf die Organisation eines internationalen Papierwährungssystems einrichten.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Am 14. Oktober soll die Beratung der Mißtrauensanträge gegen das preussische Staatsministerium beginnen.

— Berlin, 30. September.

Auf der Tagesordnung der ersten Plenarsitzung des Preussischen Landtags, die am 13. Oktober beginnt, stehen u. a. Ausschüsse über einen deutsch-vollsparteilichen Antrag gegen den Erlaß wegen der Behandlung des Kolonialproblems in den Schulen, sowie über Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten wegen Vorführung des Films „Im Westen nichts Neues“ und Entfernung des gleichnamigen Romans aus den Schulbüchern. Außerdem ist die Beratung der Denkschrift über die praktischen und pädagogischen Erfahrungen mit dem Religionsunterricht in den Berufsschulen vorgesehen, sowie die der dritten Verordnung über Fürsorgeleistungen und die Beratung der Uebersicht über Zinsbeihilfen zur Erhaltung des Waldbestandes im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Weiter ist u. a. die Beratung der Satzung der Landesrentenbank vorgesehen.

Der Ältestenrat, der vor dem Plenum zusammentritt, findet für die folgenden Tage den Entwurf eines Arbeitsplans vor, wonach am Mittwoch, den 14. Oktober, die Beratung der deutschnationalen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium beginnen soll. Mit dieser Aussprache sollen alle großen Anfragen und Anträge verbunden werden, die zur Haltung der Staatsregierung gegenüber aktuellen Problemen bzw. zur Sparverordnung Stellung nehmen.

Steuerfreie Anleihe.

Verzinsung ab 1. Oktober mit 4½ Prozent. — Auslegung erfolgt zum Nennbetrage.

Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931 wird von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die 4½prozentige steuerfreie Reichsbahnanleihe 1931 zum Nennbetrage angeboten. Die Anleihe wird in Stücken von 100, 500, 1000 und 5000 Goldmark ausgefertigt. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 1/2000 Kilogramm Feingold. Dieser Gegenwert wird bei den Zinszahlungen und der Einlösung der verlosenen Stücke errechnet unter Zugrundelegung des Londoner Goldpreises des 15. des der Fälligkeit vorangehenden Monats. Die Anrechnung in die Deutsche Währung erfolgt zum Mittelfuß der amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung London des gleichen Tages. Die Anleihe wird vom 1. Oktober 1931 mit jährlich 4½ v. H. verzinst. Zeichnungen werden angenommen bei denjenigen Reichsbahnstellen, die von den zuständigen Reichsbahndirektoren als Zeichnungsstellen bestimmt werden, ferner bei allen Reichsbankanstalten und bei bestimmten Banken in Berlin und in 27 anderen deutschen Städten.

Seydewitz und Rosenfeld ausgeschlossen.

Durch Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat die Reichstagsabgeordneten Seydewitz und Dr. Rosenfeld aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Diese Maßregel erfolgte, weil beide sich geweigert haben, ihre Tätigkeit an der „Fackel“ entsprechend dem Beschluß des Parteiausschusses einzustellen. In dem Bestehen der Freien Verlagsgesellschaft sah der Parteiausschuss den Anfang einer Sonderorganisation, die nach dem Beschluß des Heidelberger Parteitag vom Jahre 1925 unzulässig ist.

In Ostfriesland sind drei Mitglieder ausgeschlossen worden, darunter der Schriftsteller Dr. Walter Fabian, Herausgeber des Sächsischen Sozialdemokratischen Presseblattes.

* New York meldet die Schließung von fünf Provinzbanken: die größte davon verfügt über Depositen in Höhe von etwa 12 Millionen Mark.

Die Ranking-Regierung zu Verhandlungen bereit?

Tokio, 30. September. Die japanischen Blätter melden, die Ranking-Regierung habe beschlossen, Verhandlungen mit Japan über die Lage in der Nordmandschurei einzuleiten. Die chinesische Regierung soll sich bereit erklärt haben, eine Abordnung nach Tokio zu entsenden.

Ein Bestätigung der Meldung von chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor.

Herriot wieder Führer der Radikalen Partei?

Am Anfang November tritt die Radikale Partei Frankreichs zu ihrer Jahresversammlung zusammen. Das Mandat des gegenwärtigen Vorsitzenden Saladier läuft ab. Man rechnet damit, daß Herriot wieder die Führung der Partei übernehmen wird.

Berschiedenes.

Die 50. Freusburger Schulungswoche. Die Freusburger Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung veranstaltet in der Zeit vom 4 bis 11. 10 die 10. Freusburger Haus- und Ernährungswoche, die zugleich als die 50. Freusburger Schulungswoche gefeiert werden kann. Vorträge und Ausprachen über die verschiedensten haus- und volkswirtschaftlichen, wie auch sozialen und kulturellen Aufgaben der Frauen werden mit praktischen Arbeiten abwechseln. Nähere Auskunft über die Bedingungen und den Arbeitsplan gegen 50 Pfg. in Briefmarken durch Freusburger Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung, Amt für Frauenarbeit, Hamm an der Sieg.

Eichenkreuzturnfest der Evangelischen Jungmännervereine der Stadt Hannover. Anstelle des ursprünglich vorgesehenen Nordwestdeutschen Turnfestes der ev. Jungmännervereine Deutschlands, das wegen der Wirtschaftslage abgesagt wurde, führten die Vereine der Stadt Hannover am Sonnabend und Sonntag ihr diesjähriges Kreisturnfest im Hindenburg-Stadion durch. Entsprechend dem Charakter der Turnarbeit der evangelischen Jugend war das Hauptgewicht nicht auf Einzelleistungen, sondern auf eine möglichst große Beteiligung der Mitglieder gelegt. Es standen nicht die Wettkämpfe im Vordergrund; dagegen wurde ganz planmäßig darauf hingearbeitet, turnerische Übungen aller Art zum Hauptinhalt des Festes zu machen. Nicht Wettkampf oder Vorführung, sondern gemeinsames Turnen war die Lösung.

Am Sonnabend nachmittag wurden Einzelkämpfe durchgeführt: Fünfkampf, Neunkampf, Sechskampf. Der Eichenkreuzturnabend im Konzerthaus zeigte die verschiedenen Formen moderner Turnerziehung: Körperschule, Übungen ohne Geräte, Benutzung des menschlichen Körpers als Turngerät, Bodenturnen. Am Sonntag vormittag war die gesamte Turnerschaft zum Festgottesdienst in der Neustädter Kirche, in der Stadtjugendpastor Duenfing die Predigt hielt. Die Nachmittagsfeier im Hindenburgstadion wurde durch Gewitter und Hagelschauer mehrfach gestört, aber trotzdem in den wesentlichen Punkten durchgeführt. Den Ausklang des Festes bildete ein Vortragsabend im Hause des Christlichen Vereins junger Männer, Limburgstraße. Generalsekretär Herzog, Kassel, berichtete von der Weltbundtagung der Christlichen Jungmännervereine in Amerika und den Hauptfragen der weltumfassenden christl. Jugendarbeit.

Wiedersehen der Mainzer Soldaten vom 7. November abends bis 9. November vormittags in Mainz. Jetzt ist's Zeit zur Anmeldung bei Rudolf Dornhöfer, Mainz, Boppstraße 24. Angabe: 1. Für welche Nächte Freiquartier? 2. Ob die Frau mitkommt?

Willy. Dornemann, Dillenburg-Sechshelden.

Harmlos?

Seit einiger Zeit mehrt sich in auffällender Weise die Auffindung kleiner Luftballons, die mit einer Karte und der Bitte um Rücksendung versehen sind. Im Münsterland, in der Osnabrücker Gegend und im Regierungsbezirk Minden sind solche Ballons besonders häufig aufgefunden worden. Die Ballons stammen in den meisten Fällen aus Belgien, Frankreich oder England. Da die Absender mit Hilfe der anhängenden Karten stets genaue Angabe der Landungszeit wünschen, ist bei der auffallend großen Zahl derartiger Ballonauffindungen die Frage berechtigt, ob die harmlosen Ballons nicht eine weniger harmlose Zweckbestimmung haben. Nach Lage der Dinge ist die Möglichkeit einer Gefährdung der Interessen des Deutschen Reiches nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Es wird daher dringend geraten, sich beim Auffinden solcher Ballons nicht an den Absender zu wenden, sondern die Adresse des Absenders der nächstliegenden Behörde (Gemeindevorsteher, Polizei usw.) mitzuteilen, damit die zuständige Militärverwaltung weitere Ermittlungen anstellen kann.

Briefkasten.

Professor A. Raumburg. 1. Für die Karte und die Anregung besten Dank. Ob das was werden wird? Es kommt auf einen Versuch an.

2. Es handelt sich um Rörners 140. Geburtstag. Eine Berichtigung brachten wir bisher deshalb nicht, weil wir annehmen, jeder Leser habe sich den Irrtum selbst berichtigt. Freundlichen Gruß.

Hinweis.

Den Versuch müssen auch Sie einmal machen. 1. Paket Dr. Thompsons Schwan-Pulver — das übrigens nur 25 Pf. kostet — in 1¼ Liter kochendem Wasser auflösen, gut umrühren und erhalten lassen. Sie erhalten dann 3 Pfund schneeweiße, weiche, weiche, wasch- und reinigungskräftige Seifen-Paste. Sie sehen daraus, wie ergiebig und sparsam Schwan-Pulver ist. Schwan-Paste eignet sich vorzüglich zum Schrubben und Abseifen, zum Einreiben und Vorwaschen besonders schmutziger Wäsche. Sie sollten nur noch Schwan-Pulver für Wäsche und Haushalt benutzen, denn damit werden Sie stets zufrieden sein und außerdem sparen Sie manchen Groschen, den Sie für andere Dinge gut verwenden können.

Bethel.

Feierabend. Am 30. September hat Herr Stellbrink von der Zimmerei der Anstalt Bethel Abschied genommen. Der Siebzigjährige war 38 Jahre lang dort tätig. Wie manches Haus hat der fleißige und treue Arbeiter in dieser langen Zeit gerichtet. Möge ihm Gottes Güte noch eine recht ruhige und frohe Zeit des Feierabends schenken.

Christlicher Verein junger Männer.

Seute 8 Uhr in Gosen Jungmännerkreis.

Desgl. 8 Uhr in Gosen der Männerchor.

Donnerstag 8 Uhr Jungvolkstunde.

Freitag 8¼ Uhr Mitgliederversammlung in Gosen. Br. Wendt-Lübbecke über die Weltkonferenz in Amerika.

Donnerstag abend 8½ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik; Dr. S. Suttel, Anzeigen; K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel h. Bielefeld. Fernruf 3911/3918. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Die glückliche Geburt eines gesunden

Jungen

zeigen in dankbarer Freude an

August Indiesteln und Frau Erna

geb. Beyer

Bielefeld, den 29. September 1931.

z. Zt. Krankenhaus Gilead.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53. Zimmer mit und ohne Verpflegung Mäßige Preise.

Sieben erscheint die dritte Auflage:

Kommt Kinder,

wir wollen Andacht halten!

Von Pfarrer Richard Schulze.

Die „Christliche Kinderpflege“ urteilt:

Das sind Kinderandachten, wie sie sein sollen und wie sie schöner nicht sein können.

Verf. verfügt über eine ganz seltene Meisterschaft, über die tiefsten Fragen mit Kindern frisch, feilsend und unvergänglich zu reden. Für Kirche, Schule u. Haus steht uns nichts gleich wertvolles zu Gebot. Gebunden Mk. 3.25

Verlag v. Angelfen: Dresden A 27

„Preußen“

Die großfruchtigste und ertragreichste Himbeersorte der Gegenwart. Ertrag 1—2 Zin. pro ar. Kräftige Seitzlinge zur Herbstpflanzung Stk. 10 Pfg., 100 Stk. 8,— RM, abzugeben.

F. Vagts, Ostmoor 20 (Buxtehude Land)

Suche für eine Waise (27 J. alt)

Stellung

in nicht zu schwerem Haushalt. Angebote sind zu richten an Epida Kottede, Lünen-Eind (Westf.), Eichendorffstraße 2a.

Gold ist knapp. Die Hausfrau muß sparen. Darum für Wäsche und Haushalt nur Dr. Thompson's Schwan Seifenpulver im roten Paket Seit über 50 Jahren noch immer das Beste!

früher mußte man mehr waschen!

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche, Seifex „Paket 15 Pfg.“

Schwester

27 Jahre, evangl., Staatsexamen aus J. u. H. u. hauswirtschaftl. Kenntn., sucht Stelle, Privat, Krankenb. od. Klinik, auch zu Kindern. Zuschr. an

Lehr. A. Büchel, Wanne-Eickel, Freisenstr. 50.

Für einen größeren, kinderlosen Haushalt einer Stadt Oberschles wird einfaches, kräftiges

Alleinmädchen

gesucht, welches Wäsche wäscht, ehrlich u. solide ist. Auch Wäsche nicht ausgeschlossen. Offerte mit lückenlosen Zeugnisabschr., Lohn u. Altersangabe unter A 1905 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Vorzüglichen

Erholungsurlaub

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungsheim im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekt kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Robins, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant. Honig

5 Pf. 9 Pf. netto 10.40 RM, vorwiegend Acker-Blütenblüte 12.30 RM, 5 Pf. 6 Pf. 9 Pf. netto 6.90 RM, 1 Pf. 1 Pf. netto 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus. Nachh. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

Krieger, Borgegn 2, Kr. Soest. Dieser Honig ist auch in Dphir, vereidigte Vertausstellen der Anstalt Bethel, zu haben.